



Altersarmut drängt Rentner in Beschäftigung

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Karola Stange

Immer mehr Menschen arbeiten nach dem Eintritt in die Altersrente weiter. Dies ergibt sich aus den Zahlen in der Antwort des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Karola Stange.

Die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag betonte: „Inzwischen arbeitet unter den Thüringerinnen und Thüringern zwischen 65 und 70 Jahren jeder Zehnte. Dies ist ein eklatanter Beleg für Altersarmut, verursacht vor allem durch die Absenkung des Rentenniveaus aufgrund einer verfehlten Bundespolitik.“

2014 arbeiteten in Thüringen 21.671 Menschen jenseits des 65. Lebensjahres. Damit hat sich die Zahl der Beschäftigten seit 2007 um mehr als ein Viertel erhöht. Zugleich ist festzustellen, dass mehr als 5.000 Menschen in Thüringen Grundsicherung im Alter beantragt haben.

„Die große Lücke zwischen Menschen mit Grundsicherung im Alter und weiterhin Arbeitenden ist ein Indiz für die Scham vieler Älterer, staatliche Unterstützung zu beantragen. Gebrochene Erwerbsbiografien der Nachwendezeit und die Niedriglohnstrategie ehemaliger CDU-Landesregierungen haben es für viele Menschen unmöglich gemacht, ausreichend Rentenpunkte anzusammeln. Dies rächt sich nun für die Menschen“, kritisierte Karola Stange.

„Unsere Koalition wird weiter über den Bundesrat Druck machen, dass die verfehlte Rentenpolitik des Bundes korrigiert, die Rentenlücke zwischen West und Ost geschlossen und die Benachteiligung etwa der in der DDR geschiedenen Frauen beendet wird. Auf Landesebene schaffen wir mit unserem Programm zu öffentlich geförderter Beschäftigung im Gemeinwohlbereich 1.000 Stellen. Es geht darum, Rentenlücken erst gar nicht aufkommen zu lassen. Diesen Weg werden wir gemeinsam mit dem Sozialministerium entschieden weitergehen.“

Viele Biografien mit nur geringen Rentenversicherungs-Beiträgen

Auf die Frage, welche Gründe die Landesregierung für die Zahl an Rentnern, die eine geringfügige Beschäftigung wahrnehmen, sieht, hatte die Arbeits- und Sozialministerin Heike Werner geantwortet: „Die der Landesregierung bekannten Gründe, weshalb eine zunehmend wachsende Zahl von Rentnerinnen und Rentner einer Erwerbstätigkeit nachgeht, sind sehr verschieden. Es wird eingeschätzt, dass Teile der heutigen Generation der Rentnerinnen und Rentner bei guter Gesundheit und agil sind, dass die Möglichkeit der Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung ihrem Bedürfnis nach Teilhabe durch Arbeit und den damit in Verbindung stehenden sozialen Kontakten entgegenkommt. Um Wünschen nach freiwilliger Beteiligung

am Arbeitsmarkt auch im Rentenalter Rechnung zu tragen, ist es angebracht, mehr und flexible sowie alterssensible Möglichkeiten für finanziellen Zuverdienst zu schaffen. Andererseits spielen nach Auffassung der Landesregierung zunehmend finanzielle Gründe eine Rolle, dass Rentnerinnen und Rentner einer entlohnten Tätigkeit nachgehen. Zeiten von prekärer Beschäftigung, mit niedrigen Löhnen oder Erwerbslosigkeit führen dazu, dass es in vielen Biografien zunehmend Zeiten mit nur geringen oder keinen Beiträgen zur Rentenversicherung gibt.

Diese Entwicklungen führen im Ergebnis zu niedrigen Renten, die teilweise noch unter dem Grundsicherungsniveau liegen. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die Rentenreformen der letzten Jahre, die das Niveau der gesetzlichen Rente langfristig deutlich sinken lassen. Das bedingt, dass zunehmend mehr Rentnerinnen und Rentner einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, um dadurch ihre niedrigen Renten aufzubessern.“

Außerdem heißt es: „Grundsätzlich wird die Landesregierung darauf hinwirken, dass sich gute Arbeit und faire Löhne durchsetzen, denn eine Erhöhung der Leistungsansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung kann dazu beitragen, Altersarmut zu reduzieren, d.h. Grundsicherung im Alter würde dann entbehrl.“

<http://www.die-linke-thl.de/fileadmin/iv/dokumente/presse/sonstiges/DRS61360.pdf>

KOMMENTIERT:

von Katharina König

Datenspeicherung mit Missbrauchspotential

Die mit Inkrafttreten der Vorratsdatenspeicherung am 18. Dezember begonnene gigantische Datenanhäufung ist ein großes Problem aus Sicht des Datenschutzes.

Der Zugriff auf die gespeicherten Daten ist nicht nur für Polizei und Geheimdienste begehrt, sondern wird auch kriminelle Energien anziehen. Schon jetzt werden bestehende Datensammlungen mit trauriger Regelmäßigkeit missbräuchlich genutzt. Die Datenmengen, die in Zukunft gesammelt werden, bieten Missbrauchspotential in weit größerem Ausmaß und mit schlimmeren Folgen.

Die bayerische Landesregierung hat bereits angekündigt, ihren Geheimdiensten Zugang zu den Daten der Vorratsdatenspeicherung verschaffen zu wollen. Auf diese Weise wird die Massenüberwachung der Menschen in diesem Land endgültig jeglicher demokratischen Kontrolle entzogen. Bedenkt man hierzu die Geheimdienst-Skandale, von denen es mehr als genug gibt, kann man nur feststellen, dass diese Datenspeicherung für die Grund- und Menschenrechte in diesem Land fatal ist.

Vermutlich wird auch der ohnehin kaum wirksame Richtervorbehalt durch ein solches Vorgehen endgültig ausgehebelt. Mit der Vorratsdatenspeicherung werden Presse- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Der Staat weiß immer, wo wer war, mit wem man gesprochen hat – und wer glaubt, dass daraus keine Rückschlüsse auf Gesprächsinhalte möglich sind, hat die Erkenntnisse der letzten Jahre verschlafen. Dem Staat geht dies nichts an, auch dann nicht, wenn die Bürger meinen, nichts zu verbergen zu haben. Die Totalüberwachung ist nicht mit einem demokratischen Rechtsstaat vereinbar. Jeder Mensch hat das Recht, nicht unter einem andauernden Generalverdacht gestellt zu werden.

Die Vorratsdatenspeicherung ist unnötig und schränkt die Grundrechte unverhältnismäßig ein. Sie stellt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar und gehört so schnell wie möglich wieder abgeschafft. Deshalb hat die LINKE dieses Überwachungsinstrument von Anfang an abgelehnt und bleibt dabei. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat vereinbart, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um gegen die Vorratsdatenspeicherung vorzugehen.

AKTUELL

Finanzierung der Hochschulen gesichert

Eine neue Rahmenvereinbarung zur Finanzierung der Thüringer Hochschulen haben am 5. Januar in der Staatskanzlei Rektoren und Vertreter der Landesregierung abgeschlossen.

Danach erhalten die Hochschulen von 2016 bis 2019 insgesamt knapp 1,7 Milliarden Euro vom Land. Die Summe steigt pro Jahr um vier Prozent. Vor dem Hintergrund angespannter Haushalte sei dies ein klares Signal an Forschung, Wirtschaft und Studenten, sich für Thüringen zu entscheiden, sagte Ministerpräsident Bodo Ramelow.

Die Rahmenvereinbarung geht davon aus, dass die Gesamtstudentenzahl zwischen 48 000 und 52 000 gehalten wird und pro Jahr 10 000 neue Studenten nach Thüringen kommen. Der Abgeordnete der Fraktion DIE

LINKE Christian Schaft erklärte: „Mit der Rahmenvereinbarung IV ermöglicht Rot-Rot-Grün über die kommenden vier Jahre Planungssicherheit für die Thüringer Hochschulen. Die jährlichen Aufwüchse belaufen sich dabei bis 2019 auf insgesamt 160 Millionen Euro.“ Der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion begrüßte zudem, dass zentrale inhaltliche Zielstellungen des Koalitionsvertrags in die Rahmenvereinbarung Eingang gefunden haben.

„Das Netzwerk für kooperative Promotionen wird es Studierenden der Fachhochschulen erleichtern, Karrieren im universitären System zu beginnen. Mit dem vereinbarten Kaskadenmodell werden die Perspektiven von Frauen in der Wissenschaft gestärkt. Mit den von allen Hochschulen zu ent-

wickelnden Konzepten für Gute Arbeit in der Wissenschaft schaffen wir attraktive Bedingungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und stellen uns gegen prekäre Beschäftigung im Wissenschaftsbetrieb“, zählte der Hochschulpolitiker ausgewählte Beispiele auf.

„Zugleich stelle ich fest, dass im Aushandlungsprozess wiederum deutlich geworden ist, dass die Beteiligungskultur an vielen der Hochschulen zu wünschen übrig ließ. Dies macht deutlich, warum der von Rot-Rot-Grün aufgezeigte Weg zu einer Demokratisierung der Hochschullandschaft richtig und notwendig ist. Dafür haben wir mit der Rahmenvereinbarung IV eine angemessene finanzielle Grundlage geschaffen und erste wichtige inhaltliche Weichen gestellt“, so Christian Schaft.

KURZ UND PRÄGNANT

Wichtiger Schritt zur notwendigen Reform

Als „wichtigen Schritt zur notwendigen Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform“ bezeichnete Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow das am 22. Dezember im Kabinett vorgelegte Kommunale Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“. Es handle sich um ein Kernelement im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün. Das Ergebnis könne sich durchaus sehen lassen. Die LINKE-Politikerin hob die Bedeutung der Reformen angesichts der demografischen Entwicklung und der Zukunft der Bund-Länder-Finanzbeziehungen hervor, die derzeitigen Strukturen seien nicht zukunftsfähig. „Mit den Regionalkonferenzen wurde die Öffentlichkeit frühzeitig einbezogen“, und dass bei einem Vorhaben dieser Größenordnung auch Kritik geäußert werde, sei normal. Das gelte auch für den Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden. „Was aber nicht geht, ist eine Grundhaltung, bei der jede Strukturreform abgelehnt, aber mehr Geld gefordert wird.“ Notwendig sei die Einheit aller drei Reformbestandteile. Als nächstes werde das Vorschaltgesetz vorgelegt. ■

Verleumderische Beleidigungen

Am 6. Januar fand vor dem Landgericht Erfurt die mündliche Verhandlung MdL Katharina König, LINKE, gegen MdL Stephan Brandner, AfD, wegen verleumderischer Beleidigung statt. Brandner hatte in der Landtagssitzung am 17. Dezember Katharina König diverser Straftaten sowie der Täterschaft bezichtigt. Im Nachgang wurde er von ihr zu einer Unterlassungserklärung aufgefordert, die er nicht abgab. „Auch auf mehrfache Nachfrage der Richterin konnte Herr Brandner keine Belege für seine Behauptungen, ich hätte Straftaten begangen, vorlegen. Herr Brandner äußerte in der Verhandlung, dass er Anhaltspunkte habe, auf Forderung der Richterin, diese zu benennen, verweigerte er dies jedoch“, so Katharina König. Habe Brandner zunächst versucht, die verleumderische Beleidigung zu relativieren, habe er seine Äußerung schließlich vor Gericht wiederholt. Die Richterin habe erkennen lassen, dass auch sie für die Äußerungen Brandners keine andere Interpretation für objektiv wahrnehmbar halte, als die des verleumderischen Vorwurfs einer Täterschaft. „Aufgrund der Verhandlung gehe ich davon aus, dass die Entscheidung des Gerichts, welche am 21. Januar erfolgen soll, meine Auffassung bestätigt“, sagte die Abgeordnete. ■

Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik

MdL Sabine Berninger: Freiwilligen Ausreisen vor Abschiebung den Vorzug geben

Nachdem der Thüringer Migrationsminister Dieter Lauinger angekündigt hatte, dass bis Anfang Januar ein so genannter „Weihnachtsfriede“ gelte und während dieser Zeit keine Abschiebungen durchgeführt würden, hatte die Abgeordnete der Linksfraktion Sabine Berninger erklärt: „Das ist eine humanitäre Geste, an der der humanitäre Anspruch, den Rot-Rot-Grün sich auf seine flüchtlingspolitische Fahne, sprich, in den Koalitionsvertrag, geschrieben hat, aber nicht enden kann.“

Die Flüchtlingspolitikerin unterstützte „ganz ausdrücklich die deutlichen Worte, die die Flüchtlingsbeauftragte Mirjam Kruppa zur Frage nächtlicher Abschiebungen oder der Abholung von Kindern aus der Schule gefunden hat. Auch wenn der Freistaat Thüringen mit dem menschenrechtlich begründeten flüchtlingspolitischen Anspruch an bundespolitisch eng gesetzte Grenzen stößt, so muss für uns doch Artikel 1 des Grundgesetzes mit dem Bekenntnis zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten Handlungsmaxime bleiben: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Das gilt nach Ansicht Sabine Berningers für das gesamte Asylverfahren,

auch für die Frage der Organisation der Ausreise nach Beendigung und negativem Entscheid. „Deshalb halte ich den Weg, den die Landesregierung bisher gegangen ist, freiwilligen Ausreisen den Vorzug zu geben vor dem häufig erneut traumatisierenden Weg der zwangsweisen Rückführung, für richtig.“

Die Flüchtlingspolitikerin weiter: „Wenn nun Migrations- und Innenministerium gemeinsam an einem Erlass arbeiten, mit dem die bundesgesetzlich eng gesetzten Spielräume ausgelotet und im Sinne der betroffenen Menschen, im Sinne der Wahrung europäischer Konventionen und der Menschenwürde ausgereizt werden können, dann kann ich das nur uneingeschränkt gut heißen.“

Sorgfältige Einzelfallprüfung durch Ausländerbehörden

Für die Abgeordnete bedeutet dies, dass Rückführungen nur dann stattfinden, wenn Flüchtlinge zuvor die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise ausdrücklich angeboten bekommen haben und im Rahmen einer Beratung vor einer bevorstehenden Rückführung unmissverständlich auf die daraus erwachsende Konsequenz der zwangsweisen Abschiebung hingewiesen worden sind. „Hier sollte Thüringen nicht hinter der Praxis beispielsweise in

Nordrhein-Westfalen zurückbleiben.“

Ferner müsse „mindestens sichergestellt sein, dass nicht Kinder in der Nacht von Polizeibeamten aus den Betten geholt werden.“ Und insbesondere während der Wintermonate sei durch eine sorgfältige Einzelfallprüfung bei vorgesehenen Rückführungen auszuschließen, dass Flüchtlinge in die Obdachlosigkeit, in zum Beispiel für Roma aus struktureller Diskriminierung erwachsende besondere Gefahren für Leib, Leben und Gesundheit sowie für die Würde des Menschen abgeschoben werden. „Diese Einzelfallprüfungen müssen bereits die Ausländerbehörden vornehmen, bevor sie die für zwangsweise Rückführungen vorgesehenen Menschen an die zentrale Abschiebestelle melden.“

Die Abgeordnete der Linksfraktion hatte außerdem betont, sie hoffe, dass der von Innen- und Migrationsministerium diskutierte Erlass spätestens zum Ende des Weihnachtsfriedens umgesetzt wird. „Damit die betroffenen Menschen, aber auch die zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützer, die sich während der letzten Wochen solidarisch mit den Flüchtlingen und kritisch zur Abschiebepolitik geäußert haben, wenigstens Verfahrenssicherheit haben und nicht die allabendliche Angst vor nächtlicher Abschiebung bleibt.“ ■

Aus Somalia geflüchtet: „Fühlen uns vergessen“

Ein Demonstrationszug von 120 Geflüchteten aus Somalia, die schon seit langem auf die Bearbeitung ihrer Asylanträge warten, führte am 17. Dezember in Erfurt auch zum Landtag.

In Sprechchören und Redebeiträgen wiesen sie darauf hin, dass Somalia eines der gefährlichsten Länder der Erde ist. Der seit mehr als einem Jahrzehnt anhaltende Bürgerkrieg und die Gesetzlosigkeit haben Millionen Zivilisten gezwungen, das Land zu verlassen. „Wir sind uns der hohen Zahl an Zuwanderern bewusst, die nach Deutschland kommen, um Asyl zu beantragen, aber wir denken, dass wir trotzdem Sorgfalt und genaue Betrachtung unserer Asylanträge verdient haben. Wir gehören zu Asylbewerbern, aber wir fühlen uns vergessen“, heißt es in einem Schreiben der somalischen Gemeinschaft in Thüringen, das sie Vertreterinnen der Fraktionen DIE LINKE, SPD und GRÜNE übergaben.

Außerdem schrieben sie: „Vor kurzem hat die deutsche Regierung sofortige Integrationskurse für die Geflüchteten aus vier Ländern (Syrien, Irak, Iran und Eritrea) beschlossen. Wir sind davon ausgeschlossen. Außerdem brauchen unsere Asylanträge häufig



länger als zwei Jahre für ihre Bearbeitung. In dieser Zeit können wir keine Schule besuchen und auch nicht arbeiten. Wir können nur essen und schlafen und das verursacht viele Probleme bei uns.“

Auf die Demonstration der Geflüchteten aus Somalia war in der zeitgleich laufenden Debatte zur Verabschiedung des Landeshaushalts auch Ministerpräsident Bodo Ramelow in seiner Rede, die sich über weite Passagen mit den Herausforderungen einer gelingenden Flüchtlingsintegration befasst hatte, eingegangen. So sagte er: „Wir sind verpflichtet, humanitäre Voraus-

setzungen zu schaffen, damit Mitmenschlichkeit gelebt wird. Aber ich sage auch, wir geben das Geld aus als Zukunftsinvestition. Das heißt, wir investieren in die Menschen, damit sie unsere Sprache können, damit sie sich so viel Bildung erobern können, damit sie ganz normal unter uns und mit uns leben. Ich bin überzeugt, die Menschen aus Somalia, die gerade hier gestanden haben, würden lieber arbeiten gehen, als hier draußen zu demonstrieren und darauf hinzuweisen, dass sie bis heute noch nicht einmal angehört worden sind.“

Foto: Peter Lahn ■

Niedriglohnsumpf ist noch nicht trockengelegt

NACHGEFRAGT bei Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitspolitik der Linksfraktion

Zum traditionell ersten Pressegespräch im neuen Jahr hatte Ina Leukefeld die Medien in die Linksfraktion eingeladen. Trotz insgesamt guter Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Thüringen will die LINKE Arbeitspolitikerin nach wie vor bestehende Probleme ins Blickfeld rücken. Worum geht es?

Mir geht es um die Schere im Bereich von Wirtschaftsentwicklung und Arbeit. Es besteht die Gefahr, dass die positiven Tendenzen an einem Teil der Menschen, die in Thüringen leben, vorbei gehen. Existenz sichernde Arbeit ist und bleibt ein Hauptthema.

Was kann und muss für bessere Bezahlung getan werden?

Thüringen wirbt schon lange nicht mehr mit Niedriglohn als Standortvorteil. Aber damit ist der Niedriglohnsumpf noch lange nicht trockengelegt. Ich denke an den massenhaften Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit, aber auch an die große Zahl von Minijobs. Dass von diesen Beschäftigungsverhältnissen besonders oft Frauen betroffen sind und dass nicht nur mit dem Lohn getrickst wird, sondern Beschäftigte auch um ihre Ansprüche auf Urlaubsgeld und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gebracht werden, ist auch real. Daher ist es ein vorrangiges Ziel, dass Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt werden.

Eine Erhöhung des Mindestlohns steht auf der Tagesordnung?

Den Mindestlohn gibt es jetzt seit einem Jahr. Entgegen den Unkenrufen hat es dadurch keinen Verlust an Arbeitsplätzen gegeben. In den nächsten Monaten geht es um die Frage der für nächstes Jahr vorgesehenen Anhebung der Lohnuntergrenze. Eine unabhängige Mindestlohn-Kommission aus Gewerkschafts- und Arbeitgebervertre-

tern soll einen Vorschlag unterbreiten. Die LINKE fordert schon länger zehn Euro, die Gewerkschaft Verdi ebenfalls.

Zu den Schwerpunkten gehört es, Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu bringen, aber wie?

Schon die offizielle Arbeitslosigkeit bei Hartz-IV-Beziehenden in Thüringen betrifft knapp 55.000 Menschen. Hin-



zu kommen mehr als 29.000 statistisch nicht erfasste Arbeitslose, die sich z.B. in beruflicher Eingliederung, in vorruhestandsähnlichen Regelungen oder in der Weiterbildung befinden.

Gerade für ältere Langzeitarbeitslose ist die öffentlich geförderte Beschäftigung eine Option, die von Rot-Rot-Grün in Thüringen vorangetrieben wird. Dafür stehen im gerade beschlossenen Doppelhaushalt 2016/17 pro Jahr 7,5 Millionen Euro bereit. Arbeitsplätze entstehen in den Kommunen, in sozialen, ökologischen und kulturellen Projekten. Entscheidend ist, ob die geförderten Tätigkeiten im öffentlichen Interesse liegen sowie zusätzlich und wettbewerbsneutral sind. Mit dem Programm können mehr als 1000 Teilnehmerplätze zur Verfügung gestellt werden. Ein weiteres Landesprogramm

„Arbeit für Thüringen“ fördert die Erprobung zusätzlicher Konzepte der Beschäftigungsförderung und zur beruflichen Integration von benachteiligten Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik. Damit soll die Verbesserung von Integrationsmöglichkeiten sowie die Nachhaltigkeit nach erfolgter Vermittlung in Beschäftigung erreicht werden. Gefördert werden deshalb Einstellungsprämien an Arbeitgeber sowie Lohnkostenzuschüsse für die Beschäftigung von voll erwerbsgeminderten Schwerebehinderten.

Die Regierungskoalition steht nicht zuletzt dafür, geflüchteten Menschen eine Ausbildung oder Arbeit und damit eine lebenswerte Perspektive in Thüringen zu ermöglichen. Gibt es hier schon erste Ansätze?

Im Rahmen des Landesprogramms „Arbeit für Thüringen“ werden auch Projekte gefördert, bei denen es um Unterstützung bei der beruflichen Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen geht, die sehr wahrscheinlich in Deutschland bleiben werden. In diesem Rahmen liegen bereits 22 Anträge für insgesamt ca. 1.600 zu unterstützende Flüchtlinge vor. In Suhl und Nordhausen wurde mit der Arbeit bereits begonnen. Erfreulich, dass hier auch die Wirtschaft in Thüringen gut mitzieht.

Wenn allerdings zunehmend vom Fachkräftemangel gesprochen wird, kann ich das in Anbetracht der Arbeitslosenzahlen nicht nachvollziehen. Hier muss einfach mehr getan werden.

Ina Leukefeld und Pressesprecher Stefan Wogawa beim Mediengespräch am 6. Januar (Foto: Peter Lahn)

VON A BIS Z:

Bildungsplan

Die Landesregierung hat am 18. Dezember mit dem Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre ein durchgängiges Bildungskonzept vorgelegt, „das institutionenübergreifend Bildungsorte und Bildungsansprüche aller Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Schullaufbahn miteinander verbindet“, wie Ministerin Birgit Klauert erklärte.

Mit diesem Bildungsplan nimmt Thüringen eine Vorreiterrolle ein. Der Freistaat ist das erste Bundesland, das ein durchgängiges Bildungskonzept bis zum Erreichen der Volljährigkeit vorlegt.

Bildungsministerin Birgit Klauert machte deutlich: „Mein Ziel ist, Thüringens Spitzenplatz in der Bildung zu halten, zu stabilisieren und auszubauen. Ich bin mir sicher: Der Bildungsplan bis 18 Jahre ist eine sehr gute Grundlage für die weitere Entwicklung von Bildungsqualität. Nun wollen wir die Ergebnisse miteinander diskutieren.“

Zudem beginne nun die Phase der Implementation. Konkret werden bis Ende 2017 zielgruppenspezifische Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Dabei werden zentrale Akteure der bestehenden Unterstützungs-, Beratungs- und Informationssysteme des Landes erreicht. Dazu gehören in Thüringen neben den Schulen und Kitas, Schulämter, Studienseminare, Schulträger, Träger der Kindertageseinrichtungen, Vertreter der Jugendhilfe, der Erziehungs- und der Eingliederungshilfe sowie der Jugendsozialarbeit.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Im neuen Jahr startet der Thüringer Landtag mit Sitzungstagen vom 27. bis 29. Januar. Weitere Plenartagungen sind anberaumt am 24. und 25. Februar, am 16. und 17. März (Reserveterminen am 23. Februar und am 15. März) sowie am 20. und 21. April.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Kommune 4.0

Zu einer Fachkonferenz „Kommune 4.0 – öffentlich, bürgerInnennah, digital“ laden die Fraktion DIE LINKE und die Bundsarbeitsgemeinschaft Netzpolitik der Partei DIE LINKE am Freitag, den 5. Februar, 10.00 bis 15.00 Uhr in den Thüringer Landtag, Käthe-Duncker-Saal (F 201) ein. Dabei geht es um Chancen für die digitale Kommune, erfolgreiche Pilotprojekte, politische und bürokratische Hemmnisse sowie Anforderungen an die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Erwartet werden u.a. Malte Krückels, Staatssekretär für Medien in der Staatskanzlei, der Thüringer Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee sowie Dr. Lutz Hasse, Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Kaliabwässer

Nachdem der Konzern K+S Kassel die erneute Erlaubnis zum Versenken von Kaliabwässern in den Untergrund beantragt hat, erinnerte MdL Tilo Kummer daran, dass sich K+S zur Halbierung der Abwassermengen verpflichtet hatte. „Trotzdem setzte das Regierungspräsidium Kassel Ende November die Werragrenzwerte für K+S wieder hoch und lässt jetzt noch die Versenkung fortsetzen, die nachweislich über 700 Quadratkilometer Grundwasserkörper weiter schädigt und damit sträflich gegen europäische wasserrechtliche Auflagen verstößt.“ Dies sei eine „Überkompensation der Wünsche eines Konzerns zur Gewinnmaximierung und nicht ein notwendiges Mittel zur Arbeitsplatzsicherung“.

Windenergie

Die Windenergie in Thüringen ist auf dem richtigen Weg, so Steffen Harzer, Sprecher für Energiepolitik und Klimaschutz, in einem Statement zur ergänzenden Windpräferenzstudie des Thüringer Infrastrukturministeriums. „Die Windenergie ist und bleibt der Lastesel der erneuerbaren Energien“, betonte der Energieexperte der Linksfraktion. Sie sei die preiswerteste erneuerbare Energie in der Herstellung und mit den neusten technologischen Entwicklungen auch in vielen Gebieten verfügbar. Gerade als regionale Wertschöpfung und für die regionale Vermarktung stelle die Windenergie ein bisher in Thüringen von Kommunen und Bürgerenergiegenossenschaften vielfach noch ungenutztes Potential dar.

„Herr Mohring, Sie tun Ihre Pflicht nicht“

LINKE-Finanzpolitiker Mike Huster am 17. Dezember in der Haushaltsdebatte im Landtag (Auszüge aus seiner Rede)

Meine Damen und Herren der CDU-Landtagsfraktion, sehr geehrter Herr Mohring, sehr geehrter Herr Kowalleck, wir wissen nicht, wer Sie beraten hat, hier keine Änderungsanträge zum Haushalt zu stellen. Ich weiß auch nicht, ob es das schon einmal in den letzten 25 Jahren hier im Thüringer Landtag gegeben hat.

Selbst die sechs Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der ersten Legislaturperiode haben es trotz Generalkritik geschafft, einen sogenannten alternativen Haushalt dem Landtag vorzulegen. Und Sie als ehemalige selbst ernannte Staatspartei schaffen es hier in der Opposition und als stärkste Fraktion, keinen einzigen Änderungsantrag zum Haushalt vorzustellen. Damit wird Ihre gesamte Kritik an der Thüringer Landesregierung völlig unglaubwürdig.

Sie haben wiederholt geschrien, wir würden aus rein politischen Gründen das Ausgabevolumen nach oben ziehen und an anderen Stellen Kommunen und Familien bestrafen. Wenn das so ist, Herr Mohring, dann wäre es für Sie ein Leichtes gewesen, diese aus Ihrer Sicht politisch intendierten Ausgabesteigerungen zurückzunehmen und sie zumindest teilweise an den Stellen einzusetzen, wo Sie glauben, dass wir zu wenig Geld einsetzen. Oder sie hätten Vorschläge zur Schuldentilgung unterbreiten können. Aber Sie haben es nicht getan, obwohl es nach Ihrer argumentativen Logik völlig leicht gewesen

wäre. Es waren ja angeblich alles politisch intendierte Mehrausgaben von Rot-Rot-Grün. Jetzt sage ich Ihnen noch einmal zur Wiederholung, was das Instrument gewesen wäre, mit dem man diese Kritik hätte deutlich machen müssen: Über Änderungsanträge. Die haben Sie dem Haus nicht vorgelegt, keinen einzigen.

In Widersprüchen verfangen

Herr Mohring, Sie tun Ihre Pflicht nicht und wollen uns und die Öffentlichkeit offenbar stattdessen mit zwei Entschließungsanträgen für dumm verkaufen. Aber das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, im Gegenteil. Wann immer Sie hier im Hause und in den nächsten zwei Jahren Rot-Rot-Grün kritisieren, werden wir Ihnen entgegenhalten: Sie haben keine Alternative zur Regierungspolitik darstellen wollen oder können! Sie haben in dieser Haushaltsdebatte politisch versagt, meine Damen und Herren!

Es ist ja nicht so, dass es nicht absehbar gewesen ist. Zur ersten Lesung haben die Kollegen von Rot-Rot-Grün, die hier gesprochen haben, es Ihnen bereits prophezeit: Wer heute klagt, dass das Haushaltsvolumen angeblich aufgebläht wird, und morgen jedwede Veränderung kritisiert und mehr Geld fordert, der muss sich zwangsläufig in Widersprüche verstricken. Und jetzt auf der Zielgeraden kann er diese Widersprüche nicht mehr lösen. Vor einem Jahr, Herr Mohring, wollten Sie die Regierung jagen. Anfang Oktober ä-

Berten Sie im Plenum hier Ihre fundamentale Kritik am Regierungsentwurf von Rot-Rot-Grün. Und heute – Ende Dezember – bleibt festzustellen: Sie haben sich in Ihren Widersprüchen verfangen, und zwar so, dass Sie keine Lösung mehr fanden. Sie haben aufgegeben. Zwei Entschließungsanträge, die am Regierungsentwurf des Haushalts nichts, aber auch gar nichts ändern, sind wirklich nur der billige Versuch, Ihr Versagen zu kaschieren. Schämen Sie sich! Rot-Rot-Grün dagegen liefert auch beim Haushalt 2016/2017. Die Regierung hatte bereits am 1. Oktober ihren Entwurf des Landeshaushalts für die nächsten beiden Jahre eingebracht.

Jetzt, nach der ausgiebigen Beratung im Haushaltsausschuss und in den entsprechenden Gremien wurden durch die Koalitionsfraktionen noch Änderungen eingebracht. Diese resultieren zum erheblichen Teil natürlich auch in Reaktionen auf die Dynamik der Flüchtlingsentwicklung seit September 2015 sowie auf anderem politischen und sachlichen Gestaltungswillen an anderer Stelle.

Wo nachgezogen werden muss

Auch das ist Sinn einer parlamentarischen Debatte zum Haushalt, zu prüfen, ob die geplanten Mittel reichen und an welchen Stellen nachgezogen werden muss. Wir tun das mit Blick auf die Flüchtlingsentwicklung wesentlich an drei Stellen, in den Bereichen Bildung, Polizei und sozialer Wohnungsbau. Der jetzt zur Abstimmung stehen-

de Haushalt ist durchaus auch von Wünschen und politischen Ambitionen geprägt, aber er ist insgesamt dennoch Ausdruck von hoher Sachlichkeit und Realitätsnähe, ohne neue Schulden und natürlich – Herr Kowalleck – auch mit Schätzannahmen in unsicheren Bereichen.

Schulinvestitionsprogramm u.a.

In der ersten Lesung hatte Ihnen meine Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow bereits vorgetragen, wodurch sich dieser Haushalt von seinen Vorgängern unterscheidet und wo die Mittel zum Teil erheblich in den nächsten Jahren steigen werden. Ich will nur ein paar Themen noch einmal nennen.

Wir starten jetzt endlich mit dem angekündigten Schulinvestitionsprogramm. Wir stärken Hochschulen, wir stärken Theater und Orchester, wir finanzieren die Grenzstaaten besser, wir stärken den Brand- und Katastrophenschutz, investieren mehr in Fahrtkosten für Azubis, wir stärken die freien Schulen, wir investieren mehr in ein Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, wir entwickeln die Berufsakademie weiter zur Dualen Hochschule Gera und Eisenach, wir starten das Programm zur öffentlich geförderten gemeinwohlorientierten Beschäftigung und wir stärken Infrastrukturinvestitionen unter anderem durch die Vorfinanzierung der Planung der Elektrifizierung der Mitteldeutschland-Schienenverbindung. ■

Unterstützung für die Mupperger Vereinsarbeit

Wie das Sonneberger Wahlkreisbüro von Knut Korschewsky informierte, übergab der LINKE- Abgeordnete eine Spende der Alternative 54 e.V. an den Rassegeflügelzuchtverein Mupperger und Umgebung e.V. (RGZV). Während seines Besuches im Sonneberger Unterland informierten Volkmar Köhler (1. Vorstand) und Schatzmeister Kurt Siebert den Gast ausführlich über die zahlreichen Aktivitäten der umtriebigen Tierfreunde.

Ein Höhepunkt im vergangenen Jahr war die 22. Auflage der Steinachtalschau in der Mupperger Turnhalle, die im Dezember mehr als drei Dutzend Aussteller und zahlreiche Besucher aus dem südthüringischen und oberfränkischen Raum anlockte. „Ich freue mich sehr, dass wir mit unserem Verein Alternative 54 Erfurt e.V. einmal mehr ehrenamtlich Tätigen vor Ort unter die Arme greifen können. Sie hatten uns um eine finanzielle Unterstützung für einen neuen Kopierer gebeten, da der alte in die Jahre gekommen und nicht mehr einsatzbereit war. Das Geld stammt aus einem Fonds, in den die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ihre automatischen Diätenerhöhungen fließen lassen, um damit Vereine und soziale



Projekte unterstützen zu können“, erklärte Knut Korschewsky. Volkmar Köhler dankte im Namen des Vereins für die Unterstützung. „Für unsere Steinachtalschau erarbeiten wir den umfangreichen Ausstellungskatalog selbst und wickeln auch den kompletten Schriftverkehr dazu ab. Deshalb benötigen wir auch einen neuen Drucker inklusive Kopierer.“

Der Verein wurde im Jahre 1924 gegründet und kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Die Mitglieder züchten Rassegeflügel, wie Tauben, Hühner, Enten und Gänse, und sind

auch stets bemüht, dieses schöne Hobby an Kinder und Jugendliche weiterzugeben.

Derzeit gehören 21 Züchterinnen und Züchter sowie drei Jungzüchter dem Verein an. Jährlich führen die Unterländer die schon zur Tradition gewordene Steinachtalschau durch, die zweitgrößte Rassegeflügelschau im Landkreis Sonneberg. Für Jungzüchter werden regelmäßig spezielle Veranstaltungen organisiert.

Foto (v.l.): Kurt Siebert, Knut Korschewsky, Volkmar Köhler

Aufeinander zugehen und Vertrauen aufbauen

Die Berufung von Joachim Leibiger als Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen hat Karola Stange als „ein gutes Signal“ bezeichnet. Die LINKE Behindertenpolitikerin erwartet, dass der Behindertenbeauftragte und die Vereine und Verbände für Menschen mit Behinderungen „aufeinander zugehen und Vertrauen aufbauen“, denn es gebe viel zu tun. Eine erste Bewährungsprobe werde die Novelle des Gleichstellungsgesetzes für Menschen mit Behinderungen sein, hinzu komme die parlamentarische Erarbeitung eines Sinnesbehindertengesetzes für Thüringen, geplant bis zum Sommer. Nachteilsausgleiche für Taubblinde, Gehörlose sowie blinde Menschen sollen neu bzw. verbessert geregelt werden. Es sei auch für ihre Arbeit sehr wichtig, „einen verlässlichen Partner zu haben, der bei allen Verbänden die notwendige Akzeptanz genießt und sich engagiert einbringt“, so die Sozialpolitikerin. Dabei wünsche sie sich, dass die Thüringer Behindertenverbände künftig gut zusammenarbeiten mit dem Ziel der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf der Basis einer Novellierung des entsprechenden Maßnahmeplans der Landesregierung. ■

DAS THEMA

Rot-Rot-Grün hat erneut geliefert

Aus der Rede von Susanne Hennig-Wellsow zum Landesdoppelhaushalt 2016/17

Wer keine Änderungsanträge macht und der Welt erklären will, Entschließungsanträge seien quasi die Revolution der Opposition, der hat einfach nicht verstanden, dass Oppositionsarbeit harte Arbeit ist, Nächte fordernd, Ideen braucht. Und spätestens heute ist klar geworden, warum in den letzten Jahren, trotz der SPD in der Koalition, nichts mehr laufen konnte. Die CDU agiert ideenlos, kreativlos und einfach auch ohne Nerven.

Die CDU beschwert sich, dass der Haushalt so schlecht sei, dass sie nicht zustimmen könnte. Also meines Wissens haben wir auf dem alten Haushalt aufgebaut. Wir haben ein Eckwerteverfahren auf diesen Haushalt gesetzt und wir haben politische Steuerung vorgenommen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Ihr habt eine Milliarde mehr ausgegeben!)

Wenn ich schon bei dieser einen Milliarde bin: Wer bei diesen gesellschaftlichen Herausforderungen, die vor uns liegen, die uns der Thüringen-Monitor und die Debatte in der vergangenen Sitzung noch mal deutlich vor Augen geführt hat, davon spricht, dass eine Milliarde umsonst ausgegeben werde, der soll sie doch bitte im Haushalt streichen und andere Vorschläge machen. Ich kann Ihr Verhalten nur so deuten, dass Sie eigentlich mit dem, was Rot-Rot-Grün macht, einverstanden sind, dass Sie keine andere Idee haben, dass Sie genauso wie wir der Überzeugung sind, dass wir mehr Polizei auf der Straße, soziales Wohnen, mehr Bildung, mehr Lehrerinnen und Lehrer und vor allen Dingen Humanität auch mit Zahlen im Haushalt festschreiben müssen.

Die Abstrusität erreicht es bei der Kritik an Bodo Ramelow in Bezug auf die Bund-Länder-Finanzvertragsverhandlungen. Ich will es mal mit aller Deutlichkeit sagen: Eine solche provin-

zielle Arroganz, ohne Wissen und Kenntnis der laufenden Debatten, hier zu behaupten, Bodo Ramelow käme mit einem schlechten Ergebnis wieder, das Thüringen nichts bringe, der möchte nur darüber hinwegtäuschen, dass er in seiner eigenen Partei viel zu wenig Macht und Gestaltungsspielraum hat, um Thüringen tatsächlich zu helfen und zu stoppen, dass CDU und SPD die ostdeutschen Länder gerade ab-

hat, die eine klare politische Haltung ausstrahlt. Ich halte das in dieser Situation für besonders wichtig.

Wenn uns der Thüringen-Monitor zum Beispiel mitgibt, dass Langzeitarbeitslose besonders mit schrägen Augen angeschaut werden, dass Fremdenfeindlichkeit ganz oben steht in den Einstellungsmustern der Thüringerinnen und Thüringer, wenn wir 24 Prozent Rechtsextremismus konstatieren

erst erklärt, das sei noch zu wenig Geld. 300 Millionen Euro resultieren aus den Personalmehrausgaben nach den Tarif- und Besoldungsanpassungen, 50 Millionen plus geben wir den Thüringer Hochschulen. Die BAföG-Darlehen, die gar nicht im Haushalt veranschlagt waren 2014, sind jetzt wieder im Haushalt und jährlich sind dort 40 Millionen veranschlagt. Das Stichwort „Sondervermögen Abwasser“, das kostet diese Landesregierung, obwohl sie nichts dafür kann, für das Wahlversprechen einer ehemaligen Staatspartei, 20 Millionen Euro in 2015, 25 Millionen Euro in 2016 und 30 Millionen im Jahr 2017. 43 Millionen Euro machen die Erhöhung der Bundesmittel für die Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aus. Hätten wir die Bundesmittel nicht annehmen sollen, damit wir unseren Haushalt nicht aufblähen? Hätten wir gegen



zocken wollen. Insofern gilt das alte Prinzip: Wer am lautesten schreit, hat noch lange nicht Recht und getroffene Hunde bellen.

Die gesellschaftlichen Herausforderungen, die sind schon beträchtlich. Schauen wir uns die Flüchtlingszahlen an, hat die Landesregierung im vergangenen halben Jahr einiges geleistet. Wir haben Humanität und Menschenwürde nach vorn gesetzt und wir können tatsächlich mit ein bisschen Stolz sagen, dass Thüringen eines der Bundesländer ist, das keine Zeltstädte hat, das keine Sachspenden statt Geldleistungen auszahlt, und Thüringen tatsächlich auch eine Landesregierung

müssen, was bedeutet das dann für unsere Politik? Es bedeutet für uns, dass wir dringend eine demokratischere Kultur brauchen, dass wir die Schere zwischen Arm und Reich versuchen müssen zu schließen und dass wir endlich versuchen müssen, dass gesellschaftliche Teilhabe kein Privileg, sondern Generalität ist, und das versuchen wir mit diesem Haushalt.

Ich will noch mal zu dem Argument zurückkommen, wir würden diesen Haushalt nur aufblähen. 470 Millionen Euro realistische Mehrausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, 70 Millionen Euro für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – da haben Sie uns

das Asylbewerberleistungsgesetz verstoßen sollen, weil die CDU der Auffassung ist, dadurch würde der Haushalt zu hoch aufgestellt? Hätten wir den Beamten und Beamtinnen und den Tarifbeschäftigten einfach ihre Tarifierhöhung nicht zahlen sollen? Hätten wir den Hochschulpakt aufkündigen und die Hochschulen weiter im Regen stehen lassen sollen?

Die Rede von Herrn Mohring war nur von Schwarzmalerei geprägt, weil er genau weiß, dass er gegen all das stimmen müsste und die Thüringer CDU überhaupt keine andere Idee hat, wohin es in diesem Land gehen soll. So ist das eben: Ein politischer Wechsel an der Spitze des Landes macht sich eben auch an politischen Entscheidungen bemerkbar. Der Landeshaushalt 2016/2017 ist Ausdruck von mehr sozialer Gerechtigkeit, von einer anderen demokratischen Kultur,

(Abg. Mohring, CDU: Lächerlich! Finanzpolitischer Wahnsinn ist das!)

von ökologischer Politik, von Nachhaltigkeit und natürlich auch von Augenmaß. Selbst wenn dieses Argument stimmen würde „finanzpolitischer Wahnsinn“, dann würden Sie selber diesem Wahnsinn verfallen sein, wenn Sie uns nicht aufhalten und nicht wenigstens Änderungsvorschläge machen. Ich bedanke mich bei Rot-Rot-Grün für die Arbeit an diesem Doppelhaushalt. Wir werden in den nächsten zwei Jahren in Thüringen sehr, sehr viel von diesem Doppelhaushalt in tatsächlicher Gestaltung im Land spüren.

Kernpunkte der Änderungen der Koalition am Haushalt

Nach dem mit deutlicher Stimmenmehrheit gefassten Beschluss über den Doppelhaushalt 2016/17 am 18. Dezember im Thüringer Landtag erklärte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE: „Rot-Rot-Grün hat erneut geliefert. Thüringen wird sozialer, demokratischer und ökologischer.“

„Wir setzen deutliche Schwerpunkte zur Stärkung des Bildungsbereichs, im sozialen Wohnungsbau, für eine humanitäre Flüchtlingspolitik oder bei der Polizei“, so die Fraktionsvorsitzende weiter. Der Regierungsentwurf mit einem Volumen von 9,7 Milliarden Euro im Jahr 2016 und 10,1 Milliarden Euro für 2017 wurde im Landtag mit 312 Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen leicht verändert beschlossen. Susanne Hennig-Wellsow verwies auf

die Kernpunkte der Änderungen:

- die Einstellung von 300 zusätzlichen Lehrern für die Beschulung von Flüchtlingskindern,
- die Erhöhung der Ausgaben für Lernmittel um 500.000 Euro,
- die Erhöhung der Jugendpauschale um eine Million Euro schon ab 2016,
- die Aussetzung des Stellenabbaus bei der Polizei (102 Stellen),
- eine höhere Zuweisung an das Studentenwerk und Geld für die Sanierung der Mensen,
- die haushaltstechnische Absicherung des Eine-Welt-Promotorenprogramms des Bundes,
- ein Programm für Kultur-Agenten an kreativen Schulen,
- die Erhöhung der Mittel für Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen und Freie Träger der Erwachsenenbildung,

- eine Mittelserhöhung für die Verbraucherinsolvenzberatung,
- die Absicherung des Betriebs des Schießsportzentrums Suhl,
- die Einstellung von Mitteln für Hebammenleistungen,
- die Fortführung des 1000-Dächer-Solarprogramms,
- die Verstärkung von Projekten für die Nachhaltige Entwicklung,
- die Aufstockung des Thüringer Wohnungsbauvermögens und ein zusätzliches Zuschuss-Programm für den sozialen Wohnungsbau in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt,
- die Erhöhung der Ausgaben für den Bau von Radwegen,
- die Erhöhung der Mindestzuweisungen an den Landessportbund und die LIGA der freien Wohlfahrtspflege.

Für ein wirksames Personalvertretungsrecht

Die Erfahrungen in der Anwendung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes stehen im Mittelpunkt einer öffentlichen Veranstaltung am Dienstag, den 19. Januar, zu der die Fraktion DIE LINKE in den Thüringer Landtag einlädt. Dabei soll vor allem auch der Novellierungsbedarf des Gesetzes erörtert werden.

Ein aktiver und funktionsfähiger öffentlicher Dienst ist eine wesentliche Säule für ein demokratisches und friedliches Zusammenleben in Thüringen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisten täglich gute Arbeit trotz der immer widrigeren Bedingungen in vielen Bereichen.

Dazu gehören jahrelange Konsolidierungsbeiträge auf Kosten der Beschäftigten, wie Nullrunden und Verlängerung der Arbeitszeit, Aufgabenzuwachs trotz Stellenabbaus und eine dramatische Überalterung der Verwaltung. Dies gefährdet auf Dauer die Funktionsfähigkeit der wesentlichen Berei-

che, wie zum Beispiel Sicherheit, Bildung oder die öffentliche Daseinsvorsorge. Im Vergleich zur Privatwirtschaft fehlt es häufig an einer angemessenen Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten.

Der öffentliche Arbeitgeber ist längst kein Musterarbeitgeber mehr, wie sich auch an unfreiwilliger Teilzeitarbeit, Befristung und Leiharbeit zeigt. Zukünftig wird es daher – gerade mit Blick auf den demografischen Wandel – sehr schwierig werden, motivierte und gut ausgebildete Beschäftigte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen und zu halten.

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag will dieser Entwicklung mit der Novellierung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes entgegenreten. Dazu soll auf der Veranstaltung am 19. Januar, 17.00 bis 19.30 Uhr im Raum F101 des Funktionsgebäudes im Landtag, gemeinsam mit Vertretern aus den Ministerien, Behörden und Einrichtungen, die Frage einer wirksamen Personalvertretung diskutiert werden. Zu-

gleich geht es um den Austausch von Erfahrungen und die Zielrichtungen, die sich aus dem Änderungsbedarf ergeben.

Programm

17.00 Uhr, Einführungsvortrag „Erfahrungen in der bisherigen Anwendung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes (ThürPersVG)“, Frank Schönborn, Vorsitzender der AG der Hauptpersonalräte

17.30 Uhr, „Die Anforderungen an ein wirksames Personalvertretungsrecht“, Sandro Witt, stellvertretender Bezirksvorsitzender DGB-Bezirk Hessen-Thüringen

18.00 Uhr, Diskussion: Erfahrungswerte und spezifische Anforderungen in den einzelnen Segmenten des Thüringer Personalvertretungsgesetzes

19.00 Uhr, „Ausblick auf die Änderungsmöglichkeiten des ThürPersVG aus der Sicht der Linksfraktion“, Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ■

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Mehr „Datenkraken“

„Daten sind die Rohstoffe des 21. Jahrhunderts“, hat ein Redenschreiber für Angela Merkel notiert. Wohl wahr! Die Autoindustrie etwa bereite sich darauf vor, dass „Daten aus dem vernetzten Fahrzeug zum großen Geschäft werden“, berichtet das Portal „Heise“. Die deutschen Hersteller Daimler, Audi und BMW geben laut „Heise“ 2,8 Milliarden aus, um mitzumischen. Übernommen haben sie den Kartendienst „Here“, der als Plattform zwischen vernetzten Fahrzeugen vorgesehen sei, die Informationen über Glatteis, Unfälle, Schlaglöcher oder Staus registrieren, die dann an andere Autos gehen. Das bedeutet einen Vorteil gegenüber dem großen Konkurrenten Google, der meist von den präzisen Daten aus dem Auto ausgeschlossen sei. Wer die Kontrolle über das Datenmanagement habe, „wird der König sein“, so der Chef des US-Konzerns Harman, Dinesh Paliwal.

Auch in der Politik? Als Vorbild gelten gemeinhin die digitalen Wahlkampfinstrumente von Barak Obama. Gerade die haben in den USA indes zu einem Eklat bei den Demokraten geführt, wie das Portal „politik-digital“ anmerkt. In den USA müssen sich Bürger zur Teilnahme an den Vorwahlen registrieren. Die Vorwahlkampagnen von Bernie Sanders und Hillary Clinton nutzen die Datenbank der Demokratischen Partei. Ein Fehler habe es Mitarbeitern von Sanders ermöglicht, „einen kurzen Einblick in das Datenmaterial der Clinton-Kampagne“ zu nehmen. Laut „Heise“ sei sogar eine Datenbank mit Informationen von 191 Millionen US-Wählern zeitweise öffentlich zugänglich gewesen.

In Deutschland haben CDU und SPD inzwischen die Erhebung von E-Mail-Adressen zum zentralen Bestandteil ihrer Websites gemacht, betont „politik-digital“, die SPD setzt auf datenbasierte Kampagnen. Bleibt zu hoffen, dass der Datenschutz Schritt hält. ■

Uschi Wuttke in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet



Zu Beginn der letzten Fraktionssitzung im alten Jahr, an der auch wieder Ministerpräsident Bodo Ramelow sowie weitere LINKE Mitglieder der Landesregierung teilnahmen, wurde Ursula Wuttke, langjährige Sachbearbeiterin in der Geschäftsstelle der Fraktion, mit vielen anerkennenden Worten und herzlichen Umarmungen in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow würdigte die mehr als 24jährige engagierte Tätigkeit der „guten Seele der Fraktion“, die sich neben der Schreibearbeit u.a. akribisch um die Ablage der zahlreichen parlamentarischen Drucksachen, die Postein- und -ausgänge oder die Absicherung der Besuchergruppen mit Vertreterinnen und Vertretern der Fraktion kümmerte. Oft war Uschi, wie sie alle hier nennen, die erste Ansprechpartnerin für Anrufer bei der Fraktion, immer freundlich, zuvorkommend und auf Erledigung aller Anliegen bedacht.

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge gehe sie nun, so Uschi in ihrer kleinen Rede, die sehr berührte und aus der hier gern weiter zitiert wer-

den soll: „Der Abschied macht mich irgendwie sehr traurig, aber auch fröhlich zugleich. Ein wirres Spiel von Emotionen. Die meisten von Euch waren mir über viele Jahre hinweg Wegbegleiter; man hat sich aneinander gewöhnt, man hat diskutiert und gestritten, nach Lösungen gesucht und - einander vertraut!

Es wurden gemeinsame gute Ergebnisse erzielt, und es konnte viel erreicht werden - sehr viel! Immerhin ist Bodo der erste Ministerpräsident unserer Partei DIE LINKE in Deutschland, und das kam nicht von ungefähr und nicht im Selbstlauf! In meiner Tätigkeit in all den vielen Jahren habe ich mich respektiert gefühlt, auch wenn manchmal die Meinungen oder Ansichten auseinandergingen. Aber das halte ich in einem Arbeitsprozess, so wie er sich hier in der Fraktion vollzieht, für durchaus normal und legitim! Für alles das danke ich Euch sehr, sehr herzlich!

Doch was kommt nun? Die eventuelle Nutzlosigkeit des Alters? Nein! Jetzt kommt meine Freiheit in dem Sinne, tun und lassen zu dürfen, was ich möchte und was mir mein Weg vorschreibt. Ab-

gesehen vom nun endlich ausschlafen zu dürfen, früh nicht mehr zu Bus und Straßenbahn hetzen zu müssen, wird es neue Prioritäten in meinem Leben geben. Ich habe mir vor allen Dingen ein umfangreiches Gesundheitsprogramm auferlegt, das ich zwingend und konsequent absolvieren muss! Daran führt kein Weg vorbei! Und dann gibt es noch andere Verantwortlichkeiten, Interessen und Hobbys...

In meinem Ruhestand werde ich Euch vermissen. Das steht außer Frage! Aber wir sind ja alle nicht aus der Welt! Und es wird Aktivitäten geben, bei denen wir uns bestimmt wiedersehen! Ich wünsche Euch von ganzem Herzen vor allem Gesundheit, politisch weiterhin viele Erfolge und alles nur erdenklich Gute!“

Hinzugefügt sei: Und Dir, liebe Uschi, wünschen wir auch alles, alles Gute!

Foto: Peter Lahn ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.